

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 22 / 2015

GRENZÜBERSCHREITUNGEN

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2014
- MUSICA PRO PACE 2014
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2014-2015

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Karin Busch, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einbandgestaltung: Bruno Rothe / Tefvik Göktepe

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2014-2015

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2015

© 2015 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen,
mit Universitätsverlag Osnabrück / <http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen.
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0517-6
ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2014

<i>Soldat sein, heute. Einstellungen, Motivation und Selbstverständnis bei der Bundeswehr</i> Mit Dirk Kurbjuweit, Angelika Dörfler-Dierken, Hellmut Königshaus	15
<i>Musiktheater als politische Bühne?</i> Mit Udo Bermbach, Lothar Zagrosek, Klaus Zehelein	41
<i>Die Türkei zwischen Europäischer Union und Mittlerem Osten</i> Mit Mehmet Günay, Christiane Schlötzer, Hüseyin Bağcı	63
Angelo Bolaffi, Rom <i>Europa sieht Deutschland: Nach dem großen Wandel – Europas Zukunft und deutsche Aufgaben</i>	85
<i>Die Toleranzfähigkeit der Religionen</i> Mit Jan Assmann und Margot Käßmann	99
<i>Persönliche Freiheit und Sicherheit im Internet</i> Mit Markus Löning, Katharina Morik, Volker Lüdemann.	123

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2014

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Krzysztof Penderecki: Threnos. Den Opfern von Hiroshima – Gustav Mahler: Sinfonie Nr. 9</i> <i>Einführung in das musica pro pace-Konzert 2014</i>	149
---	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Otto Kallscheuer, Duisburg <i>Gibt es eine neue Aktualität der Religion in der Weltpolitik?</i>	161
Michael Daxner, Berlin <i>Afghanistan – vor dem Vergessen, nach dem Krieg</i>	195
Boris Pistorius, Hannover/Osnabrück <i>Religionsgemeinschaften zwischen Religionsfreiheit und Verfassungstreue</i>	209

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren	215
Abbildungsnachweis	221

■ I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2014



Dank an die Sponsoren:

Stefan Rolfes, Vorstand der Stadtwerke Osnabrück AG, (2. v. r.) und Claus Rollinger als Vertreter der Siefert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur (r.), im Bild mit Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Universitätspräsident Wolfgang Lücke (3. v. l.) und den Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates der Friedensgespräche, Martina Blasberg-Kuhnke und Roland Czada nach einem Pressegespräch im Rathaus im Mai 2014

Soldat sein, heute. Einstellungen, Motivation und Selbstverständnis bei der Bundeswehr

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt
am 25. März 2014

<i>Dirk Kurbjuweit</i>	Journalist und Schriftsteller, Berlin
<i>Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken</i>	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam
<i>Hellmut Königshaus</i>	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
<i>Prof. Dr. Arnulf von Scheliha</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

Arnulf von Scheliha: Angesichts der Krise um die Ukraine ist man heute versucht, vorrangig die sicherheitspolitische Lage in Europa sowie zwischen Europa und Russland zu erörtern. Es ist tatsächlich kaum vorstellbar, über ›Soldat sein heute‹ und das Selbstverständnis der Bundeswehr zu sprechen, ohne die aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen mit zu bedenken.

Ursprünglicher Anlass für unser Thema war aber der 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges, den wir 2014 begehen. Im wissenschaftlichen Diskurs ist die Frage nach der deutschen Schuld – oder *Allein*schuld – an seinem Ausbruch wieder aufgeworfen worden.

Wir möchten deshalb auch fragen: Haben solche Debatten für die Soldatinnen und Soldaten heute eine Bedeutung? Oder macht die Gewissheit, dass ihr Einsatz allenfalls im Rahmen internationaler, humanitärer Friedensmissionen vorgesehen ist, solche Überlegungen überflüssig? Sind politisch-ethische Bedenken gegenüber Militäreinsätzen der Bundeswehr und ihrer NATO-Partner inzwischen ausgeräumt? Dabei ist es hilfreich sich klarzumachen, wie und wo die Bundeswehr derzeit in Auslandseinsätzen steht, nämlich in nicht weniger als 14 Missionen, bei denen deutsche Soldaten im Rahmen von international geführten UN-, NATO- und EU-

Einsätzen beteiligt sind. Am bekanntesten ist der ISAF-Einsatz in Afghanistan, bei dem die Bundeswehr seit 2001 zu den größten Truppenstellern gehört. In Afghanistan unterstützt die Bundeswehr zudem eine Mission, die dem dortigen Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen dient.

In zwölf weiteren Einsatzgebieten ist die Bundeswehr tätig: im Kosovo, in zwei Missionen am Horn von Afrika, vor der Küste des Libanon, in der Türkei zur Sicherung der Grenze zu Syrien, in Mali, in Uganda, wo Kräfte für Somalia ausgebildet werden, im Sudan, im Südsudan, in der Demokratischen Republik Kongo und in der Westsahara. Diese Einsätze sind sehr unterschiedlich gelagert, sie binden unterschiedlich viele Truppen und Truppenteile, alle geschehen auf völkerrechtlich einwandfreier Grundlage und im Verbund mit und zur Unterstützung von Bündnispartnern. Die Einsätze binden erhebliche Kräfte, kosten einige politische und militärische Anstrengungen und finanzielle Mittel, die durch die Steuerzahler aufgebracht werden. Spätestens damit sind wir Bürger dann mit beteiligt.

Im Hauptfokus steht weiterhin der Einsatz in Afghanistan, der demnächst zu Ende gehen soll. Dieser Einsatz ist der größte, aufwendigste und stärkste Bundeswehreinsatz. Zugleich ist er der bei der Bevölkerung umstrittenste Einsatz außerhalb Europas und Deutschlands.



Arnulf von Scheliha

Dirk Kurbjuweit ist ein Autor, der als Erster diesen großen und bedeutsamen Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan aufgegriffen und aus der Sicht einer deutschen Soldatin literarisch-fiktional aufgearbeitet hat. Am Schicksal der Hauptperson *Esther* macht der Autor die politische Stimmung in Deutschland sichtbar, die privaten Entbehrungen und Sehnsüchte der Soldaten, das Leben in den Militärbasen in Afghanistan, die dort stattfindenden Einsätze, die sich daraus ergebenden moralischen Dilemmata und die professionellen Risiken, denen die Soldaten ausgesetzt sind. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sprach von diesem ersten Roman über den deutschen Einsatz am Hindukusch als von einem »postheroischen Kriegsstück«.

Herr Kurbjuweit, kann und darf es aus Ihrer Sicht heute keine ›Helden‹ mehr geben? Zeigt Ihr Roman, dass sich Friedensmissionen als politische Ziele der Bundeswehr mit dem Anliegen und dem Wollen der Soldaten nicht wirklich verbinden? Wie beurteilen Sie das Soldatsein heute, in der gegenwärtigen politischen Großwetterlage?

Dirk Kurbjuweit: Ich möchte zunächst von einem kleinen Jungen erzählen, der in Berlin aufwuchs und jeden Samstag von seinem Vater zum Schießplatz am Wannsee mitgenommen wurde. Sein Vater war leidenschaftlicher Sportschütze und Jäger. Er dachte, sein Sohn müsste ebenfalls schießen. Ich war 7, 8 Jahre alt, die Pistole war schwer und beim Abdrücken irre laut, der Rückstoß tat mir weh. Ich hatte eine wahnsinnige Angst vor diesen Pistolen. Ich wollte nicht schießen, wollte auf keinen Fall schießen. Mein Vater ist ein paar Mal mit mir dort hingefahren. Irgendwann sah er ein, dass der Junge kein Schütze und kein Krieger werden würde. Für meinen Vater war das sicherlich eine Enttäuschung. Er gehörte zu den ›weißen‹ Jahrgängen der Geburtsjahre zwischen 1929 bis 1937 und war nicht eingezogen worden. Er hat nicht viel über seine Absichten gesprochen, jedenfalls wollte er, dass ich schießen lerne. Ein bisschen habe ich es gelernt und kann es, aber ich mag es nicht.

Als ich 17 Jahre alt wurde, kam der Einberufungsbefehl, ich sollte zur Bundeswehr. Ich war damals, Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre Pazifist, vielleicht, weil ich mit diesen Pistolen schießen musste und Angst davor hatte. Ich verweigerte den Kriegsdienst und musste dies vor der damals üblichen Kommission erklären, in der drei oder vier alte Männer saßen, zwei davon kriegsversehrt. Die haben mich dann »gegrillt« mit Fragen wie: Sie gehen mit Ihrer Freundin durch den Wald. Dann kommen drei Russen mit Kalaschnikows. Was machen Sie jetzt? Sie als Pazifist haben auch eine Kalaschnikow. Würden Sie diese jetzt einsetzen? – Ich sagte, dass ich das nicht machen würde, da ich Pazifist durch und durch bin. Ich würde nicht schießen. Davon war ich selbst überzeugt. Am Schluss hieß es, man würde mir zwar nicht glauben. Bestimmt würde ich schießen. Aber weil ich das so fanatisch und konsequent vorgetragen hätte, würde ich als Kriegsdienstverweigerer anerkannt.

Später haben mich Krieg und Soldatsein dagegen sehr fasziniert. Als die Bundeswehr erstmals 1993 nach Beledweyne (Belet Huen) in Somalia zu einem Auslandseinsatz ausrückte, wollte ich unbedingt dabei sein. Ich war Journalist, kein Kriegsreporter. Aber ich wollte erleben, wie es ist, wenn deutsche Soldaten zum ersten Mal seit 1945 wieder in den Krieg ziehen.

Ich nahm mir als Thema vor, einen jungen Soldaten mit Spitznamen *Lucky* zu begleiten. Mit Lucky habe ich die komplette Ausbildung für den

Kriegseinsatz mitgemacht. Ich war in der Infanterieschule in Hammelburg, auf den Schießständen und bei verschiedenen Übungen und Manövern. Im Sommer 1993 war ich dann in Beledweyne im deutschen Lager, das weit weg war ›vom Schuss‹. Die Bundeswehr hatte keinen Kampfauftrag, es war eine humanitäre Mission, bei der nicht geschossen werden durfte, außer zur Selbstverteidigung in Notlagen. Ich begleitete einen Wasserzug. Die Jungs wurden nach Mogadischu geflogen, um Tanklaster abzuholen, die per Schiff dorthin gebracht worden waren. Ich flog mit ihnen. In Mogadischu waren damals gerade jene schrecklichen Dinge passiert, die später der Hollywoodfilm *Black Hawk Down* erzählte: Amerikanische Soldaten waren in einen Hinterhalt geraten, viele kamen ums Leben und wurden vom Gegner durch die Straßen der Stadt geschleift. Wir wohnten in einer Halle im Hafen am Rand der Stadt, in der 200 Soldaten lagen – Engländer, Italiener, Franzosen, Amerikaner und französische Fremdenlegionäre. Abends aß man gemeinsam und plauderte. Eines Nachts wurde die Halle überfallen, mit Mörsern und Sturmgewehren beschossen. Interessant war, was dann passierte: Wäre ich gefragt worden, wer als Erster rausstürmen würde, wenn wir überfallen werden, hätte ich gesagt: natürlich die Fremdenlegion. Das waren weniger Soldaten als vielmehr eigentlich Mörder, besser: Killer. Und wirklich kam es so, dass, als geschossen wurde, die Fremdenlegion als erste draußen war, zurückschoss und uns verteidigte. Dann liefen die Amerikaner raus, dann die Briten, die Franzosen und als vorletzte die Italiener. Die Deutschen aber mussten in der Halle bleiben, sie durften nicht heraus, sie durften nicht schießen. Das war für alle eine der seltsamsten Situationen ihres Lebens. Draußen wurde um die Halle gekämpft, alle schossen, alle verteidigten sich, während den Deutschen befohlen wurde, sich mit Helm und Schutzweste auf Pritschen zu legen, mit dem Gesicht zur Decke. Wir lagen völlig untätig da, hörten das Gewehrfeuer und manchmal explodierende Mörsergranaten. Ich weiß nicht, was gefährlicher war: zu kämpfen oder dort zu liegen und zu warten. Wir schauten immer wieder an die dünne Hallendecke und befürchteten, dass eine Mörsergranate sie durchschlagen und uns alle töten könnte.

Welche Bundeswehr habe ich dort erlebt? 1993 waren das meist Soldaten, die noch vor dem Fall der Mauer zur Bundeswehr gekommen waren. Sie hatten sich in Zeiten des Kalten Krieges, die Friedenszeiten waren, verpflichtet. Wer damals zur Bundeswehr ging, rechnete nicht damit, jemals beschossen zu werden und kämpfen zu müssen. Man ging hin, um eine gute Ausbildung zu machen, ein relativ abgesichertes Leben zu haben oder weil man gerne draußen im Freien biwakierte. Ans Kämpfen und Sterben dachte niemand, der dort hinging. Diese Soldaten waren ein biss-

chen so wie Speditionsmitarbeiter in Uniform, eher zivile Typen, nicht besonders aggressiv, friedfertig und eigentlich ganz sympathisch.

10 Jahre später, 2003, war ich zum ersten Mal mit der Bundeswehr in Afghanistan, in Faizabad und Kundus. Da hatte sich schon eine Menge verändert. Die Soldaten dort wussten, dass sie damit rechnen müssen, zu schießen und zu sterben. Es war ein anderer Typus Männer, eher ein Kriegertypus, auch körperlich. Vorher hatte ich viele rundliche bis dicke Soldaten gesehen. Ab 2003 waren sehr viele kräftige, durchtrainierte Jungs dabei. Der Norden Afghanistans war damals friedlich, man konnte auf seine Schutzweste verzichten, wenn man auf Patrouillenfahrt mit einem ›Allschutz-Transportfahrzeug Dingo‹ oder dem ›Geländewagen Wolf‹ unterwegs war. Es war noch recht lax, niemand fühlte sich bedroht.

Als ich 2009 wieder dort war, war alles anders. Da war es zum ersten Mal Krieg. In der Zwischenzeit hatte es viele Überfälle auf die Bundeswehr gegeben. Es hat Tote gegeben, die Grundstimmung war zu Recht: Paranoia. Hinter jedem Busch konnte

einer lauern, an jeder Brücke konnte eine Sprengfalle hochgehen, jede Nacht konnte eine Rakete im Camp landen. Trotzdem hatte ich den Eindruck, dass die deutschen Soldaten insgesamt recht gelassen mit diesen neuen Gefahren und Bedrohungen umgingen. Einmal blieben wir nachts auf einer Patrouillenfahrt liegen und mussten in der Wildnis übernachten. Dabei waren sie alle sehr cool. Die Bundeswehr hatte sich auf diese neue Zeit schon eingestellt und war auch bereit dafür.

Bei einer Fahrt von Kundus nach Faizabad im Jahr 2005 war eine Frau dabei, eine Soldatin. Ich hatte schon Soldatinnen gesehen, allerdings Ärztinnen oder Sanitäterinnen, diese war eine Infanteristin. Jetzt waren wir



Dirk Kurbjuweit

auf einer Fahrt, auf der es wahnsinnig staubte. Sie hatte knallrote Lippen und war immer wieder damit beschäftigt, ihren Lippenstift nachzuziehen. Die blonden Haare, die roten Lippen und dazu die Flecktarnuniform und das G-36 auf den Knien – für mich ein befremdlicher Anblick: Eine Frau als Kriegerin. Frauen erleben wir in Kriegserzählungen meist als Opfer. Sie warten zu Hause, haben Angst um ihre Söhne, Väter, Ehemänner und Brüder, werden entweder vertrieben, vergewaltigt oder ermordet. Nun war die Frau eben auch Kriegerin. Ich habe lange mit ihr geredet, es hat mich sehr interessiert, über Krieg und Soldatsein aus weiblicher Perspektive zu hören. Über diese Frau habe ich viel nachgedacht, auch als ich wieder in Deutschland war. Daraus wurde dann mein Roman *Kriegsbraut*.

Arnulf von Schelha: Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam untersucht u.a. die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Partnernationen im Einsatz. Es ermittelt Einstellungen und Belastungen der Soldaten in den Auslandseinsätzen mit dem Ziel, die Vorbereitung auf diese Aufgaben, die Auftragserfüllung vor Ort, die Unterstützung der Soldatenfamilien während der Einsatzzeit und die Betreuung der Soldaten nach der Rückkehr vom Auslandseinsatz zu verbessern. Auf einer Reise nach Afghanistan vor einem Jahr haben Sie, Frau Dörfler-Dierken, sich vor Ort ein Bild von den Bedingungen des Soldatenseins dort gemacht. Mit welchen Eindrücken kamen Sie zurück?

Angelika Dörfler-Dierken: Ich möchte Herrn Kurbjuweits Beispiel einer sehr persönlichen Schilderung folgen und mit der Geschichte meiner Familie beginnen: Mein 1922 im Sudetenland geborener Vater kam nach dem Krieg nach Westdeutschland. Als Soldat hatte er am Einmarsch in Belgien und Frankreich teilgenommen, bei Kriegsende versteckte er sich zu Hause. Später wurde seine Familie ausgewiesen und er kam nach Hofgeismar, wo er meine Mutter kennenlernte. Sie war nördlich von Kassel aufgewachsen und hatte gesehen, wie der Himmel, als Kassel bombardiert wurde, noch in weitester Entfernung rot leuchtete. Sie erzählte uns später vom Gestank verbrannter Leichen und dass die Menschen durch Bomben und die Verbrennungen so klein geworden sind, dass sie in ein Spankörbchen passten, wie wir es zum Pilze sammeln benutzten. Diese Geschichten vom Krieg waren ständige Begleitung meiner Jugend. Im Grenzland zum Osten war es auch völlig normal, dass zu Zeiten der regelmäßigen Herbstmanöver hinter unserem Garten Panzer auffuhren. Und der Gedanke, dass man Recht und Freiheit gegen einen möglichen Vormarsch der Truppen des Warschauer Paktes verteidigen müsse, war uns selbstverständlich. Dann kam die Ära *Brandt* und mit ihr die Idee, durch Abschreckung *und* Verhandlungen zu

einem stabileren Frieden kommen zu können. Meine Eltern waren zu Tränen gerührt, als *Willy Brandt* und *Willi Stoph* sich 1970 in Erfurt zum ersten Mal trafen. Damals waren Soldaten in der Gesellschaft unübersehbar, und die Notwendigkeit ihres Beitrags zur Landesverteidigung war evident.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive stellt sich die Frage nach dem ›Soldat sein heute‹ anders. Soldat zu sein bedeutet zunächst einmal, einer starken Organisation anzugehören. Das Verteidigungsressort beansprucht



Angelika Dörfler-Dierken

10% der Finanzmittel des Bundeshaushalts. Das ist zwar weit weniger als in den 1960er Jahren, als der Anteil fast 30% betrug, ist aber immer noch der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt. Die Summe der Soldatinnen und Soldaten, die die Bundesministerin der Verteidigung befehligt, macht etwa 60% aller Bundesbediensteten aus; in dieser Zahl sind auch die Beamten und Tarifbeschäftigten der Wehrverwaltung eingeschlossen. Die Bundeswehr ist damit einer der größ-

ten Arbeitgeber in Deutschland. Sie spielt in einer Liga zusammen mit VW, Daimler, Siemens und der Caritas. Aktuell gehören ihr etwa 170.000 Soldatinnen und Soldaten an, der Anteil der Frauen beträgt 10%. Der größte Teil der Soldatinnen und Soldaten gehört zum Heer. Etwa 30% der Soldatinnen und Soldaten sind Berufssoldaten, 66% Soldaten auf Zeit, knapp 5% sind freiwillig Wehrdienstleistende. Etwa 140.000 Mannschaften und Unteroffiziere machen den größten Anteil des Personals aus. Hinzu kommen etwa 33.000 Offiziere und Stabsoffiziere.

Kann man so viele Menschen überhaupt geistig auf eine Position, ein Ziel, eine Idee hin orientieren? Muss man nicht damit rechnen, dass es ein hohes Maß an Pluralität oder Diversität in der Bundeswehr gibt?

Tatsächlich gibt es ein überraschend hohes Maß an Pluralismus und akzeptierten Unterschieden. Denn innerhalb der Organisationskultur der Bundeswehr bestehen verschiedene Subkulturen, die für den Lebens- und Arbeitsbereich, in dem die Soldatinnen und Soldaten wirken, von ausschlaggebender Bedeutung sind. Aber was eint die Soldatinnen und Soldaten? Die Antwort ist einfach: Sie leisten *Dienst an der Waffe*. Sie haben sich irgendwann im Laufe ihres Lebens dafür entschieden, sich bei den Streitkräften zu bewerben und damit eine Einstellung zur Waffe kenntlich gemacht, die eher positiv ist. Sie wissen, dass Schießtraining Teil ihrer Ausbildung ist und dass sie nach Abschluss ihrer Grundausbildung jährlich weiter an Schießtrainings teilnehmen. Diese positive Einstellung zur Waffe mag bei Eintritt in die Bundeswehr eher emotional sein. Während der Ausbildung wird sie durch Gewöhnung verstärkt und rational mit der Notwendigkeit der Selbst- und Kameradenverteidigung begründet. Es könnte also so sein, dass Soldatinnen und Soldaten sich von den übrigen Bundesbürgern vor allem durch ihre Einstellung zur Waffe unterscheiden. Damit verbunden wäre auch die Idee, dass Soldaten einverstanden sind, in unübersichtlichen Situationen Ordnung unter Einsatz von Waffengewalt herzustellen. Militärsoziologen sagen deshalb, die Waffe unterscheidet den Soldaten vom Zivilisten.

Die deutsche Zivilbevölkerung ist dem Einsatz von Gewalt gegenüber allerdings reserviert eingestellt. Sie ist der Überzeugung, dass die Aufgabe von Streitkräften die *Landesverteidigung* ist, und sie nimmt die Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Verbündeten nicht als Erfolgsstory wahr. Irak, Libyen, Afghanistan – das sind im öffentlichen Bewusstsein keine positiven Beispiele für den Erfolg militärischer Mittel. Als deutlich wurde, dass die Bundeswehr in Afghanistan Gefechte besteht und die Soldatinnen und Soldaten von Krieg sprachen, sank die Zustimmung zum ISAF-Einsatz. Jetzt geht es nur noch darum, möglichst ohne Verlust weiterer Menschenleben aus Afghanistan heimzukommen. Diese kritische Einstellung gegenüber dem Einsatz militärischer Gewaltmittel teilen die Deutschen mit anderen europäischen Nationen.

Mein Kollege *Heiko Biehl* hat gemeinsam mit anderen untersucht, wie die Menschen in verschiedenen Ländern Europas und in der Türkei über militärische Mittel zur Konfliktlösung denken. Der Aussage: ›Mein Land sollte zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte auch militärische Mittel einsetzen‹, stimmten 14% der Deutschen, 19% der Franzosen, 9% der Österreicher, 18% der Schweden und 27% der Spanier zu. Deutsch-

land rangiert hier im normalen Mittel der europäischen Länder, die ein kritisches Verhältnis zur Konfliktlösung mithilfe militärischer Mittel haben. In Großbritannien sieht das ganz anders aus.¹ Aber auch in anderen Ländern in Europa ist es so, wie ich es eben dargestellt habe.

Zu der Behauptung: ›Unter bestimmten Bedingungen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen‹, ist die Zustimmung in Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechien sehr gering. Dass Deutschland sich ›normalisieren‹ müsse, ein anderes Verhältnis zum Einsatz militärischer Mittel einnehmen und den anderen Ländern nacheifern müsse, wie immer wieder behauptet wird, stimmt mit diesen Befunden nicht überein. Die meisten Staaten Europas sind von der Einstellung ihrer Bevölkerungen her eher zivil- und friedensorientiert geprägt. Sie setzen eher auf diplomatische und ökonomische als auf militärische Mittel. Daraus ergibt sich folgendes Problem: Wir haben einerseits gewaltaversive Gesellschaften und andererseits gewaltaffine Soldaten. Ich möchte nicht sagen, Soldaten seien als Personen gewaltaffin. Aber sie haben zugestimmt, militärische Gewalt in einem bestimmten, rechtlich genau definierten Rahmen einzusetzen, wenn Politik und Parlamente es beschließen sollten. Soldaten erleben diese Spannung zwischen gewaltaversiver Gesellschaft und gewaltaffiner eigener Organisation als fehlenden Rückhalt in der Bevölkerung.

Betrachtet man dies genauer, wird man sagen müssen, dass diese Selbstwahrnehmung problematisch ist, denn nur ein sehr kleiner Teil der Soldatinnen und Soldaten müsste tatsächlich in einem Einsatz, im Gefecht, von der Waffe Gebrauch machen. Auf einen ›Kämpfer‹ kommen etwa 10 Soldatinnen und Soldaten in der Etappe. Die meisten Soldatinnen und Soldaten üben in Uniform einen Dienst aus, der mit zivilen Beschäftigungen vergleichbar ist. Sie arbeiten im Büro, warten Fahrzeuge, fahren Lastwagen, bedienen Funkgeräte, bilden aus und erziehen, sammeln Informationen und werten sie aus, organisieren Logistik und Material usw.

Selbst wenn wir nur diejenigen als ›Kämpfer‹ betrachten, die außerhalb des Landes, z.B. in einem Einsatzland wie in Afghanistan, arbeiten, sind auch sie nicht alle ›Kämpfer‹ im eigentlichen Sinne. Dort gehören zu den Aufgaben von Soldaten auch der Schutz von Zivilpersonen und die Hilfe bei Infrastrukturprojekten. Soldatinnen und Soldaten bilden auch Angehörige anderer Streitkräfte aus, sie kommunizieren mit einheimischen Politikern, sie beraten Dorfbürgermeister usw. Soldaten füllen also sehr unterschiedliche Berufsrollen aus. Sie sind auch Diplomaten, Entwicklungshelfer, Krisenmanager, Militär- und Politikberater.

Aufgrund der belastenden Erfahrungen in Afghanistan, die unter den Bundeswehrsoldaten zu 55 Todesopfern geführt haben – deren öffentlich

gedacht wurde –, hat sich die allgemeine Wahrnehmung in Deutschland und ebenso die Selbstwahrnehmung der Soldatinnen und Soldaten verändert. Soldaten werden vermehrt in Verbindung mit ›Kampf‹ und ›Gefecht‹ gesehen, auch wenn dies, aus militärsoziologischer Perspektive betrachtet, nicht unbedingt der Realität entspricht. Diese Wahrnehmung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die in der Öffentlichkeit verbreitet ist, greift aber zu kurz, die Fixierung auf den ›Kämpfer‹ ist falsch. Und Soldatinnen und Soldaten, die sich selbst als ›Kämpfer‹ identifizieren, haben kein realistisches berufliches Selbstverständnis.

Arnulf von Scheliba: Der gegenwärtige Zustand der Bundeswehr ist einerseits von den Belastungen gekennzeichnet, denen Soldaten – ob als Kämpfer oder in der Etappe – bei Auslandseinsätzen ausgesetzt sind. Ein weiteres wichtiges Thema für die Bundeswehr ist der laufende Reformprozess, dem sie ausgesetzt ist, seit sie von einer Wehrpflichtigenarmee, die auf Landesverteidigung ausgerichtet war, zu einer kleinen, schlagkräftigen Kriseninterventionsarmee geformt werden soll, in der ausschließlich Freiwillige dienen. Das Ende dieses Umbaus ist nicht abzusehen. Viele Rückwirkungen sind damit verbunden: Standortschließungen, Anwerbung von Freiwilligen, Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen, Anpassung von Ausrüstung, Material und Waffen. Dabei gibt es auch Reibungen, die die Soldaten existenziell betreffen.

So hat sich durch die jüngste Verwaltungsreform die Bearbeitung von Anträgen auf Beihilfe- und Versorgungsleistungen erheblich verzögert. Viele Soldaten mussten lange auf ihr Geld warten. Das sorgte für Unmut, der sich auch in der Rekordzahl an Zuschriften ausdrückt, die den Wehrbeauftragten des Bundestages erreicht haben. *Hellmut Königshaus* hat als Zeitsoldat bei der Bundeswehr gedient, war Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und amtiert seit 2010 als dessen Wehrbeauftragter. Bei der Vorstellung seines jüngsten Berichts im Bundestag benannte er den Lufttransport und den Luftumschlag, die Flughafenfeuerwehr, den Flugverkehrskontrolldienst sowie die Flugberatung bei der Luftwaffe als weitere kritische Bereiche. So sei es z.B. bei der Marine ein offenes Geheimnis, dass die Besatzungen der Schiffe und Boote im Einsatz nur unter Rückgriff auf die letzten Reserven zusammengestellt werden könnten. Auch im Heer reiche das verfügbare Personal nicht aus, um Einsatzkontingente unter Berücksichtigung des Grundsatzes: 4 Monate Einsatz, 20 Monate Inlandsdienst bereitstellen zu können. Beklagt wird eine Überlastung aller einsatzrelevanten Bereiche.

Herr Königshaus, bedeutet ›Soldat sein heute‹ in der Bundeswehr ständiges ›Fahren am Limit‹? Nicht nur das Riskieren des Lebens, sondern

auch akute Erschöpfungsgefahr bei Mensch und Material mit allen Folgen, die für das Land, die Karriere und für das Privatleben auszumalen sind? Kann die Bundeswehr unter solchen Voraussetzungen Freiwillige rekrutieren, auf die sie angewiesen ist?

Hellmut Königshaus: Viele werden sich erinnern, dass in der Frage, ob in Westdeutschland – und auch in der DDR – noch einmal bewaffnete Streitkräfte aufgestellt werden sollten, zumindest im Westen eine ablehnende Grundhaltung überwog: Wer noch einmal eine Waffe anfasst, so hieß es, dem solle ›die Hand verdorren‹. Es herrschte eine von den Erfahrungen des Krieges geprägte, pazifistische Grundeinstellung. Dabei ging in der Diskussion der Gedanke unter, *wer* denn 1945 Europa von der Tyrannei befreit hatte. Das waren ja keine Pfadfinder, sondern die Soldaten der Alliierten gewesen. Wer konnte überhaupt einem Diktator wie Hitler und seinem Regime in den Arm fallen? Wer hat in Ruanda den Völkermord beendet? Das waren Soldaten.

Wir werden immer wieder mit der Frage konfrontiert werden, ob der Verzicht auf Gewalt gegenüber einem Gewaltentschlossenen – wer auch immer das ist – nicht letztlich zu einem besseren Ergebnis führt. Diplomatie ist zweifellos ein richtiger Weg, und der Einsatz von Waffen kann immer nur *ultima ratio* sein. Aber es kann ein Zeitpunkt eintreten, an dem zu entscheiden ist, ob das, was an Gewalt erlebt, erduldet und ertragen wird, hinzunehmen ist oder nicht.

Mich erstaunen z.B. Äußerungen zur gegenwärtigen Situation in Syrien. Diejenigen, die dort als Erste den Einsatz von Soldaten fordern, sind oft die Gleichen, die sonst militärische Einsätze prinzipiell ablehnen und es für richtig halten, gelegentlich das *Tucholsky*-Wort: ›Soldaten sind Mörder‹ zu zitieren. In der Beurteilung von Kriegs- und Krisengebieten macht sich letzten Endes immer der eigene Standpunkt geltend.

Als man sich in Westdeutschland entschied, wieder bewaffnete Streitkräfte aufzustellen, war klar, dass die Bundeswehr im Vergleich zu früheren deutschen Armeen und Streitkräften eine völlig andere Armee sein sollte, nämlich demokratisch aufgebaut, zivil ausgerichtet, zivil geführt und politisch kontrolliert – eben *kein* ›Staat im Staate‹. Sie sollte voll in die Gesellschaft integriert sein, mit dem Leitbild des ›Staatsbürgers in Uniform‹. Das funktionierte über viele Jahre. Unter der Losung: ›Bereit sein zu kämpfen, um nicht kämpfen zu müssen‹ konzentrierte man sich auf die Landesverteidigung. Es war klar, dass deutsche Soldaten zu Einsätzen, wie sie die Amerikaner in Vietnam und Korea oder die Franzosen in Algerien führten, nicht herangezogen werden würden und dass ein deutscher Beitrag dazu gar nicht gewünscht war. Heute hat sich die Situation sehr

verändert. Ich hätte nicht für möglich gehalten, dass deutsche Soldaten jemals in Israel nicht nur herzlich empfangen würden, sondern dass man dort sogar eine deutlich stärkere deutsche militärische Präsenz mit dem *Patriot*-System während der Irak-Kriege gewünscht hätte.

Das Vertrauen in die deutsche Bundeswehr ist im Ausland wesentlich größer als wir glauben, fast größer als in Deutschland selbst. Zwar ist das Ansehen der Soldaten als Personen, wie Umfragen gezeigt haben, höher als viele vermuten. Aber die Menschen beurteilen die politischen Entscheidungen über militärische Einsätze unabhängig davon, was unsere Soldaten dort leisten. Die Soldaten sind natürlich gezwungen, nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam ihren Auftrag zu erfüllen; dazu haben sie sich bereit erklärt. Im Unterschied etwa zu den Fremdenlegionären haben unsere Soldaten allerdings nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Widerstand zu leisten und sich zu verweigern, wenn es einen rechtswidrigen Befehl gibt. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen die Gewissensfreiheit von Soldaten bestätigt, auch vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Verpflichtung zum Gehorsam. Das begann mit einem Luftumschlagssoldaten, der einen Kriegseinsatz nicht einmal logistisch unterstützen konnte, weil er den Kriegseinsatz persönlich für falsch hielt. Diese Gerichtsentscheidung liegt nach meiner Ansicht an den Grenzen des Verfassungsrechts, aber sie unterstreicht, dass die Gewissensfreiheit im Mittelpunkt der Betrachtung stehen muss. Die Perspektive, die der einzelne Soldat heute hat, ist prinzipiell eine andere als die eines Soldaten, der, wie vorhin gesagt wurde, ›waffenaffin‹ in einen Einsatz geht.

Die geschilderte, langjährig praktizierte Prüfung der Gewissensgründe von Wehrdienstverweigerern erinnert mich an *Franz-Josef Degenhardts* Lied *Befragung eines Kriegsdienstverweigerers* aus dem Jahr 1972, mit dem Refrain: »Also, Sie berufen sich hier pausenlos aufs Grundgesetz, sagen Sie mal: Sind Sie eigentlich Kommunist?« So dachte in der Zeit des Kalten Krieges der Zeitgeist. Es gab die Konfrontationsstellung gegenüber dem Ostblock und gegenüber denen, von denen man sich bedroht sah. In jener Zeit hat sich die Haltung der Gesellschaft gegenüber der Bundeswehr stark verändert, und auch die innere Verfasstheit der Bundeswehr änderte sich. In alten Akten meines Amtes ist nachzulesen, worüber damals häufig geklagt wurde. Das waren tatsächlich militärische Verhältnisse und Situationen, wie man sie aus Berichten über die Zeit der Wehrmacht kannte.

Das kann nicht verwundern, denn die Bundeswehr wurde mit ehemaligen Wehrmachtsoldaten aufgebaut. Bundeskanzler *Konrad Adenauer* hatte seinerzeit gesagt, es gäbe schließlich keinen 18-Jährigen, der geeignet wäre, als General mit langjähriger Erfahrung in der Führung größerer Kampfverbände an der Spitze zu stehen. Man musste auf die am wenigsten belas-

teten Teile der Wehrmacht zurückgreifen, um die Bundeswehr aufzubauen. In der Folgezeit ergaben sich aus dem demokratischen Grundkonsens und den gesellschaftlichen Veränderungen heraus – auch durch die ›Achtundsechziger‹, die als Wehrpflichtige zur Bundeswehr kamen – massive Veränderungen, die das Selbstbild der Soldaten stark veränderten.

Ich bin 1970 als Wehrpflichtiger eingezogen worden – heute haben wir wirklich eine völlig andere Bundeswehr. Nicht alles hat sich immer zum Positiven verändert hat. Die innere Haltung und das Selbstverständnis der



Hellmut Königshaus

Soldaten, sich in dieser Gemeinschaft, die zusammen handeln und gemeinsame Aufgaben wahrnehmen muss, als Individuen zu empfinden, ist etwas völlig anderes, als wie wir es früher dort erlebten.

Wie empfinden Soldaten sich heute in ihrer Aufgabe? Aufgrund meiner vielen Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten denke ich nicht, dass ihre Charakterisierung als ›waffenaffin‹ zutreffend ist. Maßgeblich ist vielmehr die innere Haltung zur

Aufgabe. Bei mir war es ähnlich: obwohl ich eine Verweigerung erwogen hatte, habe ich – nachdem 1968 der Überfall der Warschauer-Pakt-Armeen auf die Tschechoslowakei stattgefunden hatte – mich für den Wehrdienst entschlossen. Der Griff zur Waffe ist für jeden jungen Menschen eine bedenkenswerte Frage, insbesondere, was die Entscheidung für ihn konkret bedeutet. Heute stellt sich die Frage, ob wir wirklich nur eine kleine Interventionsarmee brauchen, die irgendwo, fern in der Welt, das Unrecht bekämpft. Wollen wir den Grundsatz der Landesverteidigung im Grundgesetz belassen, auch wenn diese heute überholt erscheint?

Was lehrt uns der Blick in die Ukraine? Wir sagen, wir sind von Freunden umgeben, denn nach Ende des Kalten Krieges hat sich innerhalb weniger Jahre eine Situation wachsender Annäherung und Freundschaft entwickelt.

Was machen wir aber, wenn wir feststellen, dass sich so etwas auch zurückentwickeln kann? Wie werden wir auf solche immer kräftiger, heftiger und schneller kommenden Veränderungen reagieren können, in einer Zeit, in der die Umstellung eines militärischen Apparats, eines Sicherheitsapparats, wie wir ihn heute kennen, Jahrzehnte dauert? Wir sind heute noch dabei, Beschaffungsvorhaben, insbesondere bei Großgerät, abzuwickeln und in ihren Auswirkungen zu erleiden, die zu Zeiten des Kalten Krieges bestellt wurden und unter völlig anderen geostrategischen Voraussetzungen erfolgten. Über diese Fragen und die daraus sich ergebenden Konsequenzen müssen wir nachdenken.

Heute legen die Soldaten, die mit ihren Aufträgen versehen sind, Wert darauf, von der Gesellschaft den entsprechenden Rückhalt zu bekommen. Sie sehen dann – und halten das für ein bisschen paranoid –, dass die Gesellschaft einerseits sagt, dass sie eine Bundeswehr braucht, dass sie Schutz braucht, und, wenn es Unrecht in der Welt gibt, die Weltgemeinschaft verpflichtet ist, dort einzugreifen. Auf der anderen Seite wird immer wieder greifbar, dass die Gesellschaft den einzelnen, konkreten Einsatz ablehnt. Soldaten in Uniform, die z.B. bestimmte S-Bahn-Linien in Berlin benutzen, müssen befürchten, angepöbelt zu werden. In vielen Bereichen gibt es eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber den Soldaten. Soldaten sagen mir, dass sie für die Erfüllung ihrer Aufgabe erhebliche Opfer in Kauf nehmen müssen. Somit steht oft nicht das Risiko, im Einsatz zu Schaden zu kommen, im Vordergrund, sondern die absolute, permanent vorhandene Belastung im Alltag eines Soldaten oder einer Soldatin. Das kann bedeuten, wochenlang von Zuhause entfernt leben zu müssen. Mehr als die Hälfte von ihnen pendelt am Wochenende, weil sie heimatfern eingesetzt sind und nicht jeden Abend nach Hause fahren können. Das kann bedeuten, die eigenen Kinder nur am Wochenende oder jedes zweite Wochenende zu sehen. Hinzu kommen die Einsätze. Bei einem Spezialverband mit einem sehr umfangreichen Aufgabenspektrum in Eckernförde, den ich gerade besuchte habe, beträgt der Durchschnitt allein der Ausbildungsbelastung pro Jahr 150 Tage. Während dieser Zeit sind die Soldaten von ihrem Standort abwesend irgendwo an einer Schule in Deutschland und können nicht nach Hause. Man sollte einmal ermitteln, wie hoch die Trennungs- und Scheidungsrate bei der Bundeswehr ist. Der frühere Verteidigungsminister *Thomas de Maizière* meinte, diese liege im normalen Rahmen. Der Wehrbeauftragte hat ein anderes Bild gewonnen, gerade

auch unter dem Eindruck von Antworten auf entsprechende Fragen in Eckernförde.

Die entstehende Isolierung und Vereinsamung ist genau das Gegenteil von dem, was wir wollen, nämlich den Soldaten als Bürger in Uniform, der in der Gesellschaft integriert ist. Es liegt im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft, eine Bundeswehr zu haben, in der die einzelnen Soldaten und ihre Familien sich nicht von der Gesellschaft seelisch vernachlässigt fühlen.

Die Organisation der Bundeswehr zu verändern, kostet fraglos Geld. Wenn dann z.B. Entscheidungen über den Fortbestand von Bundeswehrstandorten anstehen, gilt es nicht nur, darauf zu achten, Landräte, Bürgermeister und Ministerpräsidenten zufriedenzustellen, sondern auch die konkreten Folgen für die Soldatinnen und Soldaten zu bedenken.

Schließlich kommt die Einsatzbelastung selbst hinzu. Im Jahr 2009 hatten wir die ersten schweren Anschläge in Afghanistan, etwa auf einen Bus in Kabul, mit vielen Toten. Im gleichen Jahr schufen die gegnerischen Kräfte eine Situation, in der die Deutschen unter massiven militärischen Druck und unter militärische Bedrohung gerieten. Die Heimat war nicht bereit, dies anzuerkennen, hier war noch die Rede von einem ›Stabilisierungseinsatz‹, der z.B. eine robustere Ausstattung zum besseren Schutz unserer Soldaten nicht erfordere. Die Soldaten vor Ort empfanden die Situation zu dieser Zeit längst als Krieg. Wochenlang wurde über die konkrete Ausrüstung und die Frage debattiert, ob wir dort schwere Waffen hinschicken sollten. Dann gab es vier weitere Gefallene. Tags darauf wurde der zuständige Minister in den Medien dafür gelobt, dass er nunmehr schwere Waffen wie die Panzerhaubitze dorthin schicken würde. Die Realität verdrängt das Wunschdenken manchmal sehr brutal und plötzlich. Unsere Soldaten sind währenddessen auf die politischen Entscheidungen in der Heimat angewiesen, und das kann dauern ...

Damit bin ich bei der Diskussion über den militärischen Einsatz neuer unbemannter Systeme, sogenannter ›Kampfdrohnen‹. Häufig wird dagegen der Einwand erhoben, dass Soldaten mit diesem Gerät ›leichtfertig‹ umgingen, weil sie selbst nicht gefährdet seien; deswegen verbiete sich der Einsatz dieser Waffensysteme. Ich kann allerdings keinen ethischen Vorteil darin erkennen, einen Soldaten oder eine Soldatin in einen Einsatz zu schicken und bewusst in Kauf zu nehmen, dass er bzw. sie sich einer Gefährdung aussetzen muss, die ich mit einem anderen Gerät hätte vermeiden können.

Anhand eines Falles möchte ich veranschaulichen, wie unsere Soldaten im Einsatz auf Stresssituationen wie z.B. ein Feuergefecht reagieren. Leider bleiben militärisch traumatisierende Ereignisse oft nicht ohne Langzeitfolgen. Einer unserer Soldaten stand in Kontakt mit einer Nachrichtenquelle,

einer afghanischen Quelle. Vor Beginn des berüchtigten ›Karfreitagsgefechts‹ in der Ortschaft Isa Khel im April 2010, bei dem Bundeswehrosoldaten in einen Hinterhalt gerieten, hatte dieser Junge dem Soldaten gesagt, dass jene unbewaffneten Männer, die sich näherten, gegnerische Kräfte seien. Sprengfallen waren explodiert, unsere Soldaten standen im Gefecht, aber auf vermeintlich Unbewaffnete durfte nicht geschossen werden. Doch die gegnerischen Kräfte erreichten ihr Waffendepot, ergriffen die Waffen und griffen unsere Soldaten an. Zwei weitere unserer Soldaten fielen.

In einer solchen Situation kann eine bewaffnete Drohne eingreifen, ohne eigene Kräfte zu gefährden. Eine bewaffnete Drohne ist auch ein Mittel, den Gegner zu vertreiben: 95% aller Lufteinsätze in Afghanistan in Gefechtssituationen sind *show of force*, d.h. es sind Einsätze, bei denen die Flugzeuge im Tiefflug über die Leute hinweggehen und auf diese Weise drohen, dass massiver eingegriffen wird, wenn sie nicht verschwinden. In der Regel funktioniert das. So handeln Soldaten, auch weil sie sich den Einsatzregeln verpflichtet fühlen und weil sie eben keine Killernaturen sind, weil sie eben nicht ›waffenaffin‹ sind und nicht nur auf eine Gelegenheit warten, zu schießen. Sie sehen es als persönliche Herausforderung an, den militärischen Einsatz und Zweck auch ohne solche Mittel zu erreichen, und das ist auch ein großer Erfolg der militärischen Ausbildung in der Bundeswehr. Mit anderen Worten: Die Bundeswehr heute ist eine Truppe, auf die wir stolz sein können.

Was hat sich dadurch verändert, dass eine wachsende Zahl Frauen in der Bundeswehr tätig ist? Dagegen bestanden zunächst Vorurteile und tradierte Vorstellungen von Soldaten, die sich nicht daran gewöhnen können und wollen, dass auch eine Frau im militärischen Einsatz ist. Die Frauen in der Bundeswehr sind natürlich in einer schwierigen Situation, insbesondere dort, wo sie in einen ganz engen Kontakt und in Extremsituationen kommen. Weder unter Frauen noch unter Männern gibt es nur freundliche Menschen. Bedauerlicherweise gibt es auch schwere Auswirkungen von Frauen beleidigendem Verhalten, z.B. den Fall einer Vergewaltigung in Bückeburg im Jahr 2012. Nach meinem Eindruck ist die Zahl der Vorfälle und der Dunkelziffer innerhalb der Bundeswehr eher geringer als in der übrigen Gesellschaft. Das scheinen die mir vorliegenden Zahlen, Eingaben, Darstellungen bei Truppenbesuchen zu belegen. Eine Reihe von Soldatinnen und die Gleichstellungsbeauftragten widersprachen dem allerdings entschieden, sodass wir jetzt der Frage nachgehen, warum eine Vielzahl von Fällen offenbar nicht vorgetragen wird, sodass strafrechtliche Konsequenzen ausbleiben müssen. Daran muss gearbeitet werden.

Frauen in der Bundeswehr wollen nach meinem Eindruck den Kameraden und sich selbst beweisen, dass sie als Frauen vollwertige Soldaten und

voll einsetzbar sind. Die Einsatzbelastung ist gleichwohl hoch: Können wir jungen Müttern, die Kinder unter drei Jahre haben, das Recht einräumen zu sagen, dass sie in dieser Zeit nicht in den Einsatz müssen, sondern sich um ihr Kind kümmern wollen? Das habe ich gefordert. Diejenigen, die dagegen am lautesten protestiert haben, waren Frauen. Sie befürchteten, dass dies ihrer Geltung innerhalb der soldatischen Gemeinschaft schade. Ich halte das für falsch, denn hier sollten die Kinder im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Überall dort, wo außerhalb der Bundeswehr ein solcher Fall im Raum steht, käme das Jugendamt, wenn sich eine Mutter für sechs Monate nicht persönlich um ihr Kind kümmert.

Es besteht also noch großer Reformbedarf, weil die Bundeswehr als Organisation nicht auf solche Situationen, die auch Männer betreffen, eingestellt ist. Es gibt keine Vertretungskräfte; jeder einzelne Soldat und jede Soldatin, der oder die von ihrem Recht Gebrauch macht, Elternzeit zu nehmen oder Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, weil das Kind krank ist, muss sich immer wieder mit den Kameraden darüber auseinandersetzen, weil andere für sie die Arbeit mit erledigen müssen. Für einen Lokomotivführer, der Elternzeit nimmt, muss die Bahn einen Ersatz stellen. Die Bundeswehr tut das nicht. Sie sagt, die Kameraden sollen es richten. Das setzt Eltern immens unter Druck. Hier nur auf das Verständnis des Vorgesetzten bauen zu müssen, ist auf Dauer nicht tragbar. Da muss die Bundeswehr besser werden, aber das ist kein militärisches Problem.

Angelika Dörfler-Dierken: Herr Königshaus betonte das Stichwort ›Innere Führung‹ bei der Bundeswehr und führte aus, die Soldatinnen und Soldaten seien gewissensgeleitete Wesen, für die die Menschenrechte gelten. Damit gilt für sie das Gleiche wie für jeden Menschen und Bürger in der Bundesrepublik: Niemand muss sich blind überwältigen lassen von der Situation und der Organisation, der man angehört, sondern selber entscheiden, individuell und mit persönlicher Zustimmung, seinen Dienst zu verrichten oder auch zu sagen: Nein – hier und jetzt ist das für mich nicht möglich! Innerhalb der tendenziell totalen Institution Militär gilt das Überwältigungsverbot des Grundgesetzes. Die ›Innere Führung‹ sichert das für die Soldatinnen und Soldaten, und das hat Konsequenzen für die Menschenführung in der Bundeswehr und für die Organisationskultur. Es ist ein hohes Maß an Verantwortung, das dort den Soldatinnen und Soldaten aufgegeben wird. Sie tragen das mit Würde und sie handeln mit großem Verantwortungsbewusstsein in den manchmal merkwürdig und unübersichtlich erscheinenden Situationen, in die sie gestellt sind. Das geht so weit, dass mehrere hochrangige Soldaten in letzter Zeit öffentlich erklärten, militärische Mittel in Ländern und Situationen wie in Afghanistan

könnten allenfalls einen kleinen Raum schaffen für andere notwendige Initiativen, um friedliche, sichere Entwicklungen für die Menschen dort auf den Weg zu bringen. Militärische Mittel seien nie das *non plus ultra*, wie sie sagten.

Wichtig ist auch, dass Soldatinnen und Soldaten in der zivilen Gesellschaft mental verankert bleiben. Unsere Gesellschaft hat nichts gegen Soldaten und Soldatinnen. Sie hegt aber Zweifel, ob die Politik Soldaten und Soldatinnen richtig und angemessen in einer Weise einsetzt, die zum Erfolg führen kann. Das ist die Frage, die die Gesellschaft stellt, indem die Politiker laut vernehmlich nach den Gründen gefragt werden, warum sie Soldaten und Soldatinnen da oder dort hinschicken. Die Politiker müssen diese Frage beantworten.

Arnulf von Scheliha: Herr Kurbjuweit, gibt es eine schleichende ›Abkoppelung‹ der Bundeswehr von der Gesellschaft? In Ihrem Roman wird dies dadurch nahegelegt, dass die Hauptfigur Esther, je länger sie in Afghanistan ist, den Anschluss an ihr privates Umfeld und an die Entwicklungen in Deutschland verliert. Der ehemalige Bundespräsident *Horst Köhler* hat einmal das ›freundliche Desinteresse‹ an der Bundeswehr beklagt und von der Schwierigkeit gesprochen, kriegerische Unternehmungen wie in Afghanistan der Bevölkerung zu vermitteln.

Warum fällt es der Politik und der Gesellschaft so schwer, die Dinge als das zu bezeichnen, was sie sind? Bis der Begriff *Krieg* verwendet wurde, verging eine lange Zeit, in der er vermieden wurde. Warum waren Politik und Gesellschaft nicht bereit, die Sache auszusprechen?

Dirk Kurbjuweit: Das Wort ›Krieg‹ ist bei uns zu Recht stark belastet. Deutschland hat zwei Weltkriege entfesselt und eine zerstörte Welt hinterlassen, mit vielen Millionen Toten in Europa und anderswo. Da sind die Deutschen bis heute sehr vorsichtig mit dem Wort ›Krieg‹ und ebenso damit, Soldaten in alle Welt zu schicken. Es gab eine langsame, skrupulöse Annäherung an diese Einsätze. Es ging eben zunächst nach Beledweyne, wo es friedlich war. Die Gesellschaft und die Soldaten sollten langsam daran gewöhnt werden, dass es in Kriegen auch gefährlich sein kann. Soldaten sagten mir, dass es für sie verletzend sei, sich während ihrer Einsätze im Stich und allein gelassen zu fühlen, weil sich die Gesellschaft nicht wirklich für ihre Einsätze interessiert. Krieg ist ein unangenehmes Thema. Es gab nur wenige Politiker, die sich mit dem Einsatz in Afghanistan identifizierten. Auch die Bundeskanzlerin sprach nicht gern über dieses Thema, weil sie wusste, dass es unpopulär war. Öfter hörte ich von Soldaten, dass sie dieses Desinteresse verletzend fanden.

Ich befürchte, dass in der Gesellschaft eine Art ›Sonderraum Bundeswehr‹ entstehen könnte. Das sollte ursprünglich das Konzept des ›Staatsbürgers in Uniform‹ verhindern. Wehrpflichtige Jungen aus allen sozialen Milieus und Schulformen sollten zur Bundeswehr gehen. Inzwischen bildet sich in der Bundeswehr nicht mehr der Querschnitt der Gesellschaft ab. Eine Menge Ostdeutscher ist dabei, weil dort die Arbeitslosigkeit die Bundeswehr attraktiv macht. Nicht länger werden Wehrpflichtige eingezogen: Unter ihnen waren stets auch solche mit guter Schulausbildung. Es kommen vor allem Jungs, die auch kämpfen wollen. Überdies schafft der Kampfeinsatz eine Kluft zwischen denen, die ihn erlebt haben, und dem Rest der Gesellschaft, einschließlich der Familien der Soldaten. Sie kommen nach Hause, hatten Kampfeinsätze, wurden beschossen, hatten panische Angst oder haben selbst getötet. Solche Erfahrungen kann man ›Zivilisten‹ schwer vermitteln, die Familien der Soldaten können damit schlecht umgehen. Man hört sich die Geschichten vielleicht eine Weile an. Dann wird es zu viel, und die Soldaten fühlen sich allein mit ihren Erlebnissen. Das Alleinsein von Soldaten mit ihren Kampferfahrungen wird ein großes und wachsendes Thema in unserer Gesellschaft.

Arnulf von Scheliha: Herr Königshaus, welche Maßnahmen ergreift die Bundeswehr, um die Verarbeitung solcher Schicksale zu erleichtern? Man hört und liest immer wieder, dass es nicht gut klappt. Es gibt Menschen, die trotz der Hilfe, die ihnen angeboten wird, nicht lernen, damit zu leben. Welche Maßnahmen gibt es und was müsste noch intensiviert werden?

Hellmut Königshaus: Es gibt verschiedene Grade der Betroffenheit. Der eine leidet darunter, nach langer Abwesenheit festzustellen, dass er zu Hause nicht mehr richtig dazugehört, weder bei den eigenen Kameraden in der Truppe noch in der Familie.

Es gibt *Tatort*-Fernsehkrimis, in denen ein Soldat nach Hause kommt und Amok läuft. Das ist allerdings reine Fiktion und bei uns nicht Realität. Aber sicherlich haben manche Familienangehörige, Ehefrauen und Kinder, ein gewisses Fremdheitsempfinden gegenüber dem nach Hause zurückkehrenden Soldaten. Das kann als traumatisierendes Erlebnis wirksam werden und zu Isolierung und Abkapselung vom eigenen sozialen Umfeld führen. Im Einsatz haben wir technische Möglichkeiten schaffen können, damit die Familien sich wenigstens visuell, per Internettelefonie (Skype), wahrnehmen, verständigen und in Kontakt bleiben können.

Wichtig ist aus meiner Sicht, dass in unseren Schulen weiterhin durch die Jugendoffiziere über die Bundeswehr informiert werden kann. Die Schule hat die Aufgabe, die ganze gesellschaftliche Realität zu vermitteln,

und dazu gehören auch der Staat und seine Einrichtungen. Die Bundeswehr und ihr Auftrag sind eine staatliche Organisation und Aufgabe. Eine Schule, die sich weigert, darüber zu informieren oder dies von vornherein als ein Negativum darstellt, versäumt einen großen Teil ihres verantwortungsvollen Auftrags. Wenn in den Medien behauptet wird, die Jugendoffiziere machten in den Schulen ›Werbung für den Soldatenberuf‹, so empfinden die Soldaten das als Affront. An diesen Beispielen zeigen sich innere Vorbehalte gegenüber der Bundeswehr, die ihr die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erschweren.

Wir sind in der Situation, dass niemand mehr gezwungen wird, gegen seinen Willen einen Pflichtdienst zu leisten. Aus verschiedensten Gründen wäre das auch nicht mehr durch- und umsetzbar. Ein Wehrdienst von 6 Monaten, wie es ihn zuletzt gab, hat mehr ausgebildetes Personal gebunden, als an neuen militärischen Fähigkeiten dazu kam. Nur um sicherzustellen, dass die Bundeswehr in der Gesellschaft verankert ist, ist ein staatlich verordneter Pflichtdienst ausschließlich für Männer nicht zu rechtfertigen, und er hätte vor dem Bundesverfassungsgericht auf Dauer keinen Bestand.

Die Frage ist, ob wir nicht vieles andere tun können und sollen, um die Bundeswehr in der Gesellschaft zu verankern. Die Aufgabe von Standorten der Bundeswehr sorgt mit dafür, dass sie weniger sichtbar wird. Sie ist zwar vielfach präsent, aber wenn ihre Fahrzeuge nur noch im Ausnahmefall olivgrün und als Militärfahrzeuge zu erkennen sind, beschleunigt sich ihr Verschwinden aus der Öffentlichkeit. Ihre Veranstaltungen wie etwa öffentliche Gelöbnisse werden häufig von Störungen begleitet. Dabei wird bei diesen Veranstaltungen keineswegs das Militärische an sich gefeiert. Es geht vielmehr um die Verpflichtung der jungen Menschen auf ihre konkrete Aufgabe bei der Bundeswehr, gegebenenfalls militärische Gewalt auszuüben. Dies zu vermitteln, kann man vieles mehr tun als bisher.

Arnulf von Scheliba: Wir sprachen über die Abschottung der Gesellschaft von der Bundeswehr. Umgekehrt scheint es, als gebe es auch eine innere Abkoppelung der Bundeswehr von der Gesellschaft, bedingt durch die Abschaffung der Wehrpflicht einerseits und die Kampfeinsätze andererseits. Das kann sich noch verstärken, wenn die Bundeswehr mehr als bisher in internationalen Bündniszusammenhängen tätig wird. Dort walten andere Ordnungs- und Befehlsstrukturen, die unser System der Inneren Führung infrage stellen, denn die Bundeswehr trifft dabei auf andere Traditionen und ein anderes soldatisches Selbstverständnis.

Wie müsste man darauf reagieren?

Angelika Dörfler-Dierken: Elemente der Inneren Führung finden sich bei vielen anderen Armeen, auch wenn vielleicht ein Ziersäbel eine andere Tradition oder Folklore anzeigt. Die Bündnispartner Deutschlands haben den *Code of Conduct* der OSZE unterschrieben. Darin steht, dass der Soldat individuell Verantwortung trägt für den Einsatz der Waffe und dafür auch gegebenenfalls individuell bestraft werden kann. Festgelegt ist auch, dass die Parlamente der jeweiligen Länder für die Anordnung der Militäreinsätze verantwortlich sind. Die Innere Führung wird von immer mehr Ländern positiv aufgenommen. Gerade auch Armeen postkommunistischer Länder machen große Anstrengungen, um die eigenen Soldaten entsprechend zu bilden.

Was fehlt, ist ein stärkerer Blick auf weitere Instrumente, die Sicherheit und Frieden in der Welt befördern können. Dabei muss man wissen, dass auch diejenigen Jugendlichen Traumatisierendes erleben, die z.B. in humanitären Projekten des 2008 durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegründeten entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes ›weltwärts‹ arbeiten. Das gilt ebenso für Entwicklungshelfer der verschiedenen kirchlichen Organisationen. Wünschenswert wäre ein gemeinsamer Ansatz, der alle Kräfte mit ihren jeweiligen Möglichkeiten einbezieht, Sicherheit und Frieden in der Welt zu sichern, und dass man gemeinsam für sie und mit ihnen arbeitet. Das würde die Soldatinnen und Soldaten aus der Sonderrolle ›Krieg‹ herausnehmen und sie einbinden in die Rolle, Frieden und Sicherheit für möglichst viele Menschen in der Welt zu stärken.

Hellmut Königshaus: Ich kam als damaliger entwicklungspolitischer Sprecher meiner Fraktion zur Verteidigungspolitik. Ich wollte deutlich sichtbar und bewusst machen, dass wir den Afghanistan-Auftrag in erster Linie als Entwicklungsauftrag zu sehen haben, der militärisch abgesichert wird und nicht umgekehrt. Es zeigte sich, dass das Verhältnis der Ausgaben für Entwicklung und der rein militärischen Ausgaben zur Sicherung dieser Entwicklungsaufgabe 1 zu 8 war. Ein Militäreinsatz ist teuer, das ist unvermeidbar. Man kann dieses Verhältnis auch anders gestalten: zurzeit haben wir ein Verhältnis von 1 zu 2. Das ist das Maximum dessen, was Entwicklungsorganisationen und Durchführungsorganisationen bewirken können. Die Soldaten sind sich dabei durchaus ihres Entwicklungsauftrags bewusst.

In der Frage einer möglichen Gefahr für das Konzept der Inneren Führung der Bundeswehr möchte ich auf deren wissenschaftliche Universitäten in Hamburg und München hinweisen. Keine Armee der Welt außer der Bundeswehr unterhält Hochschulen, die nach zivilen Normen und Landes-

recht gestaltet sind und in denen zivile Lehrpersonen arbeiten. Das ist ein wichtiger Beitrag, um die Führungskräfte in die gesellschaftlichen Entwicklungen einzubinden. Die Bundeswehruniversitäten sollten nicht etwa schrumpfen, wenn die Bundeswehr kleiner wird, sondern sich öffnen, um andere gesellschaftliche Strömungen zuzulassen.

Publikum: Mich macht betroffen, dass die Opfer der Bundeswehr-Kriegseinsätze bisher gar keine Erwähnung finden. Im Grundgesetz, Art. 26, steht, dass Angriffskriege verboten sind. Deutschland ist gegenwärtig im Rahmen der NATO oder anderer Bündnisse in Angriffskriege auf der ganzen Welt eingebunden, wie es heißt, zur Sicherung von Wirtschaftswegen, Öltransporten usw. In der Zeit Willy Brandts galt das Wort, von deutschem Boden solle nie wieder Krieg ausgehen. Heute geht aber von deutschem Boden wieder Krieg aus! Das ist ein Faktum, von dem ich hier nur wenig gehört habe. Die Diskussion dreht sich um Sorgen und Nöte unserer Soldaten. Die in den Einsätzen dieser Soldaten produzierten Opfer scheinen nicht der Rede wert zu sein.

Dirk Kurbjuweit: Ich war mehrmals in Afghanistan. Von einem Angriffskrieg kann keine Rede sein. Die Bundeswehr trat dort sehr defensiv auf. In den ersten Jahren war sie vor allem damit beschäftigt, Straßen zu bauen, Brunnen anzulegen und sich um die eigene Sicherheit zu kümmern. Es stimmt, dass dieser Einsatz Opfer auf der anderen Seite gebracht hat, vor allem im Jahr 2009 in Kundus bei dem Beschuss zweier entführter Tanklaster. Das war natürlich fürchterlich. Zugleich muss man sagen, dass die Bundeswehr dem Norden Afghanistans 12, 13 relativ friedliche Jahre beschert hat. Dort ist eine Infrastruktur der Sicherheit entstanden, in der die Bauern ihrer Arbeit nachgehen konnten, in der sich Städte wie Masare-Scharif ökonomisch gut entwickelt haben.

Ich würde nicht sagen, dass dieser Einsatz ein Fehlschlag war. Er hat dem Norden Afghanistans Ruhe und Stabilität gesichert.

Angelika Dörfler-Dierken: Es gibt Auflistungen darüber, wer wann wen und wie viele mit welchen Mitteln getötet hat. Die Berechnungen internationaler Institute besagen, dass 80% der in Afghanistan Getöteten von Taliban getötet wurden, nicht von ausländischen Truppen. Dies ist z.B. der Schrift *Selig sind die Friedfertigen* der EKD zur Beurteilung des Afghanistan-Einsatzes aus friedensethischer Sicht zu entnehmen. Es gibt terroristische Täter, die zur Erlangung eigener Vorteile sich unterdrückerisch gegen ihre eigenen Brüder und Schwestern, gegen Zivilisten wenden. Dort tobt ein terroristischer Bandenkrieg. Um die eigene Schreckensherrschaft

durchzusetzen und aufrechtzuerhalten, muss man das eigene Volk terrorisieren.

Hellmut Königshaus: Ein Angriffskrieg im völkerrechtlichen Sinn ist der Bundeswehreinsatz schon deshalb nicht, weil die westlichen Truppen auf Einladung Afghanistans dort waren, um Stabilität zu bringen. Bevor die westlichen Truppen eingriffen, starben in diesem Land unendlich viele Menschen durch den Terrorismus der Taliban.

Zu dem schrecklichen Vorfall am Kundus-Fluss kam es auch aufgrund seiner Vorgeschichte: An verschiedenen Stützpunkten der ISAF-Truppen waren jeweils zwei Tankwagen entführt worden. Mit dem ersten Tankwagen wurden dann Eingangsbefestigungen zur Explosion gebracht. Der zweite wurde direkt in die Liegenschaft hineingefahren, wo durch Explosion unglaubliches Unheil angerichtet wurde. Der deutsche Kommandeur, der erfahren hatte, dass sich 12 Kilometer vor seinem Lager zwei entführte Tanklasten näherten, musste reagieren. Von den zahlreich anwesenden Zivilisten vor Ort hatte er keine Kenntnis. Weil ihm eigene Kräfte nicht zur Verfügung standen, war er auf die Luftunterstützung der Verbündeten angewiesen. Eine Untersuchung des Roten Kreuzes ergab später, dass die Zivilisten von den Taliban aus den umliegenden Ortschaften geholt und gezwungen worden waren, mit ihren Fahrzeugen dort hinzufahren, um die festgefahrenen Tanklasten zu erleichtern und diese herauszuholen.

Publikum: Wie kommen Soldaten damit zurecht, dass sie in so einen sinnlosen und weitgehend abgelehnten Krieg geschickt werden?

Da müssen doch ein tiefer Frust und große Wut bei den Soldaten über die Politik vorhanden sein.

Publikum: Herr Kurbjuweit, Sie beschreiben in Ihrem Roman die Verunsicherung der Soldaten, beispielsweise angesichts eines verbeulten Benzinkanisters, von dem die Soldaten nicht wissen, was sich darin verbirgt. Das beschreibt die große Angst und traumatische Belastungen, die sich mit solchen Einsätzen verbinden.

Herr Königshaus, wie viele Soldaten und Soldatinnen sind von dieser traumatischen Belastung betroffen? Was bietet die Bundeswehr an Behandlungen an?

Dirk Kurbjuweit: Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Soldaten sich in Afghanistan am falschen Platz fühlten oder der Ansicht waren, etwas Sinnloses zu tun. Allerdings finden Gespräche zwischen Soldaten und Journalisten immer in Anwesenheit von Presseoffizieren statt, und die

Soldaten trauen sich vermutlich oft nicht, das zu sagen, was sie wirklich meinen. Was ich hörte, war, dass sie den Einsatz und das, was sie dort taten, für sinnvoll hielten. Im Ergebnis war es in Nord-Afghanistan halbwegs friedlich, das hat bis jetzt ganz gut funktioniert. Die Soldaten hatten eher ein Problem mit der Gesellschaft in Deutschland. Sie sahen sich im Stich gelassen und ohne verlässliche Unterstützung seitens der Politik – soweit mein Eindruck aus diesen Gesprächen.

Hellmut Königshaus: Ich möchte mich hier einmal auf den Friedensbeauftragten der evangelischen Kirche, Pastor *Renke Brahm*, berufen, der eine sehr kritische Haltung gegenüber dem Afghanistaneinsatz hat. Er war mit EKD-Präses *Nikolaus Schneider* in Afghanistan, und beide kamen voller Überraschung zurück über das, was in Masar-e-Scharif, in Kundus und in den umliegenden Dörfern an Entwicklungserfolgen erzielt worden war. Neben den vielzitierten Mädchenschulen waren dies eine Stromversorgung, der Straßenbau und eine inzwischen selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung. Solche Fortschritte sind aber immer wieder von Kräften bedroht, die dies als Angriff auf gewohnte Machtstrukturen betrachten. Sie fürchten unabhängige, gebildete Menschen als Gefahr für die bisherigen Strukturen, in denen jemand, z.B. weil er einem bestimmten Stamm angehört, eine unumschränkte Macht ausüben konnte. Wo die Staatsgewalt schwach war, entwickelten sich durch Privatarmeen aufrechterhaltene Gebiets herrschaften, die man mühsam versuchte, zu integrieren. Mal gelang das, mal nicht. Das bleibt jetzt die Aufgabe der afghanischen Seite. Wir können nicht für immer bleiben, irgendwann muss die afghanische Staatsautorität auf die eigenen Kräfte bauen. Dazu wurden sie ausgebildet.

Diese Ergebnisse auch ihres Einsatzes kennen unsere Soldaten, anders als jene, die oftmals negative Urteile darüber abgeben, obwohl sie nie dort waren. Ich habe mit Soldaten, die schwerste Verwundungen erlitten haben, Gespräche geführt und auch mit Hinterbliebenen. Sie wollen sich darüber klar werden, ob die erbrachten Opfer sinnvoll waren. Dann muss über die Anerkennung der Bundeswehr in der Gesellschaft gesprochen werden. Die Soldaten sagen, man muss damit umgehen und kann damit leben, wenn es in der Gesellschaft Ablehnung gibt.

Manchmal ist aber die Anerkennung der Soldaten durch den Dienstherrn das eigentliche Problem. Ob der Dienstherr seiner Rolle gerecht wird, indem er z.B. die notwendigen Ausstattungsmöglichkeiten beschafft, ob er die Familie in die Nachbetreuung der Traumatisierten einbindet oder die Familien für die Zeit eines Auslandseinsatzes einbezieht, indem Live-schaltungen der Angehörigen in das Einsatzgebiet ermöglicht werden, damit der Trennungsschmerz nicht unerträglich wird. Auf diese Dinge

richten sich die Wünsche der Soldaten. Sie erwarten und verlangen, dass der Dienstherr ihnen die Anerkennung entgegenbringt, die er in Sonntagsreden von der ganzen Gesellschaft einfordert. Dies geschieht nicht immer in ausreichendem Maß.

In der Einsatzversorgung gibt es inzwischen wesentlich verbesserte, hervorragende Angebote für geschädigte Soldaten. Aber von den Leistungen, die verbündete Streitkräfte hinsichtlich des Umgangs und der Behandlung von Traumatisierten erbringen, oftmals jahre- und jahrzehntelang nach dem Einsatz der Soldaten, wie sie aufgefangen werden durch ein eigenes Veteranenministerium – davon sind wir meilenweit entfernt. An dieser Stelle müssen wir weiterarbeiten. Aber die Ansätze für alle diese Verbesserungen, für die Betreuung und die Nachsorge sind geschaffen.

Die Gesamtzahl von Traumaerkrankten unter den Bundeswehrsoldaten kennen wir nicht. Erhoben wird die Zahl der jährlich gemeldeten Neuerkrankungen.² Manche Erkrankungen haben sich über Jahre aufgebaut. Irgendwann ist das Maß voll, und dann wird es spürbar. In Großbritannien hat man versucht, die an den Falklandkriegen beteiligten Soldaten ausfindig zu machen. 30 Jahre nach diesem Krieg, der fast als ›Operettenkrieg‹ wahrgenommen wurde, obwohl mehrere Tage lang heftige Gefechte geführt und schließlich fast 300 britische und mehr als 600 argentinische Gefallene gezählt wurden, wurde festgestellt, dass 30% der Beteiligten in irgendeiner Weise eine Schädigung erlitten haben, die erst später manifest wurde. Bezogen auf die Bundeswehr ist das in dieser Form nicht zu befürchten, denn hier kümmert man sich frühzeitig darum. Es fehlt dabei weniger an der Diagnose als vielmehr an der Betreuung derjenigen, die als Geschädigte erkannt sind, und am *screening*, bevor jemand in den Einsatz geschickt wird. Es sollte nicht das passieren, was derzeit nicht ausgeschlossen werden kann: dass bereits vorher Erkrankte bzw. aus vorherigen Einsätzen Traumatisierte in einen Einsatz geschickt werden.

Angelika Dörfler-Dierken: Bedenkt man, dass 30% der im Falklandkrieg eingesetzten Soldaten Langzeitfolgen davontrugen, wird greifbar, wie hoch die Verantwortung ist, die die Streitkräfte, die Politik und die Gesellschaft tragen. Setzt man Menschen solchen exzeptionellen Gewaltsituationen aus, muss man wissen, dass nicht alle dies ertragen.

Menschen haben die Tendenz, das, was sie in ihrem Leben gemacht haben, als sinnvoll zu interpretieren. Darum überrascht es nicht, wenn Soldatinnen und Soldaten sagen: Mein Einsatz in Afghanistan war sinnvoll, ich habe dazu beigetragen, dort ein Stückchen Stabilität und Normalität herzustellen, ich würde wieder dorthin gehen. Problematisch wird es, wenn Soldaten und Soldatinnen entweder aktiv in Gefechten oder auch im Feld-

lager schwerste Gewaltanwendungen miterlebt haben. Sie wünschen sich oft ein stärkeres, robusteres Durchgreifen. Das kann in eine ›Gewaltspirale‹ münden.

Dass die Bundeswehr aktuell nicht mehr die Grenzen Deutschlands gegen Aggressoren durch Abschreckung sichert, sondern tatsächlich selbst Gewalt anwendet, hat sie verändert. Beachtlich ist, *wie schnell* die Bundeswehr sich verändert hat. Auch die ›Aussetzung der Wehrpflicht‹ wurde sehr schnell umgesetzt, und jetzt wünscht sich fast niemand mehr die Wehrpflicht zurück. Auch im Umgang mit traumatisierten Soldaten hat sich vieles verändert. Das Thema ist zunächst in den Medien sehr skandalisiert worden. Inzwischen können Soldaten sich sogar von zivilen Therapeuten behandeln lassen, weil die Bundeswehr zu wenige Angebote macht. Man tut also das Notwendige: Einbindung der Familien in die Vorbereitung des Einsatzes und Betreuung während und nach Ende des Einsatzes.

Im Lauf der letzten zehn Jahre ist sehr vieles in Bewegung gekommen. Das ist das Verdienst verschiedener Politiker, des Wehrbeauftragten, aber auch der kritischen Öffentlichkeit, die sich immer stark darum gekümmert hat, was deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan tun.

-
- 1 Vgl. Heiko Biehl, Rüdiger Fiebig, Bastian Giegerich u.a.: Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Strausberg 2011.
 - 2 Vgl.: Immer mehr deutsche Soldaten sind traumatisiert. In: Zeit online, 11. Feb. 2015, siehe <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/bundeswehr-soldaten-traumatisiert>. Dort heißt es: »Die Zahl der im Auslandseinsatz traumatisierten Soldaten und Soldatinnen ist im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Nach Angaben der Bundeswehr wurden 2014 insgesamt 431 Einsatzsoldaten wegen einer Posttraumatischen Belastungsstörung behandelt. In 204 Fällen handelte es sich um Neuerkrankungen. Das waren 55 mehr als im Vorjahr.«